

Das Anti Atom Komitee zu Gast im Club 2

Anti Atom Komitee

Jugendsymposium in
Windhaag/Fr.

Atombank? Nein danke!
Großer Erfolg für Atomgegner



Nein zu
Atomstrom!

Wurde Melker Abkommen doch entsorgt? – Neuerliche Täuschung der Bevölkerung?



Der Schlussbericht der interparlamentarischen Kommission zu Temelin wirft ernste Zweifel auf. Weiterführung des Melker Prozesses ohne Inhalte. Offene Sicherheitsfragen sollen nur mehr auf Beamtenebene diskutiert werden.

Nach der letzten Sitzung der interparlamentarischen Kommission zu Temelin am 9. Juni im Stift Melk keimen ernsthafte Zweifel an der Richtigkeit der Aussagen des österreichischen Delegationsleiters Konecny bei der anschließenden Pressekonferenz auf. Nach Vorlage des schriftlichen Schlussberichts ist zu befürchten, dass das Melker Abkommen doch entsorgt wurde, indem die ihm die relevanten Inhalte entzogen wurden.

**von Dipl.-Ing. Manfred Doppler,
Anti Atom Komitee**

Wenn die offen geliebten Punkte, wie die 28,8 m Bühne oder die Qualifikation der Ventile unter dem völlig unverbindlichen Nuklearinformationsabkommen weiter diskutiert werden sollen, Tschechien die völkerrechtliche Verbindlichkeit des Melker Abkommens nicht anerkennt, ja nicht einmal bereit ist, eigene Gutachten dazu zu liefern, was bleibt dann noch übrig, um behaupten, der Melker Prozess werde nicht beendet?

Ein Forschungsprojekt zur Evaluierung der Erdbebengefährdung von Temelin, an dem sich Österreich auch finanziell beteiligen soll, als Weiterführung des Melker Prozesses zu bezeichnen, ist gelinde gesagt dreist!

Wenn im Bericht der österreichischen Kommissionsmitglieder der Bundesregierung empfohlen wird, ein völkerrechtliches Gutachten zum Melker Abkommen von Völkerrechtlern aus einem Drittstaat einzuholen, ist das ein kleiner Hoffnungsschimmer, dass der politische Druck auf Tschechien erhöht wird.

Mehr aber auch nicht!

Jugendsymposium in Windhaag/Fr.

Öl, Gas, Kohle und Atomenergie müssten im Sinne der Kostenwahrheit zusätzlich besteuert werden

Die Diskussion um zu teure Energie und Senkung der Mineralölsteuer bekommt eine zusätzliche Dimension: Laut einer Oberösterreichweiten Politikerbefragung im Rahmen eines Jugendprojektes in Windhaag bei Freistadt müsste auf die fossilen Energieträger ein Preisaufschlag von 34% eingehoben werden, damit die durch die Verbrennung dieser Energieträger verursachten Folgeschäden abgedeckt werden können. Das Meinungsbild der Jugend liegt sogar bei einem Preisaufschlag von 108%! Aus dem kurzfristigen Blickwinkel der eigenen Geldtasche war, ist und wird Energie immer zu teuer sein. Es kann aber nicht sein, dass eine Generation im großen Stil auf Kosten nachfolgender Generationen lebt.

Als Grundlage für das Jugendsymposium vom 17. bis 18. Mai 2008 zum Themenbereich „Energie-Klima-Kostengerechtigkeit“ wurde ein Fragebogen an 500 oberösterreichische Politiker ausgesandt. Davon kamen 151 ausgefüllt retour.

Mit fast 400 Vertretern aus Jugendorganisationen und Schulen wurden im Vorfeld des Jugendsymposiums 23 Workshops durchgeführt. Die Teilnehmer gaben am Beginn eines jeden Workshops ebenfalls ihre Meinung zu den an die Politiker gestellten Fragen ab.

Diese Befragung brachte zwei weitere besonders diskussionswürdige Ergebnisse:

- Sowohl Politik als auch Jugend sind sich einig, dass noch in diesem Jahrhundert fossile Energieträger und Uran ausgehen werden.
- Die Frage nach dem Anteil der Atomenergie am Weltenergieverbrauch bringt eine große Überraschung mit sich: Politiker schätzen den Anteil auf 35%, die Jugend sogar auf 54%.

Dem steht jedoch ein tatsächlicher Anteil von nur 5% gegenüber. Die Bedeutung der Atomenergie wird gewaltig überschätzt!

Verknappungen, Spekulationen, Verteuerungen, ja wahrscheinlich sogar Kriege um diese Rohstoffe sind eigentlich logisch, wenn wir uns von diesen endlichen Energieträgern nicht abwenden – die energetische Abhängigkeit von diesen Energieträgern liegt derzeit in Österreich bei 77%, in Europa über 90%!

Ist aus diesem Blickwinkel eine Diskussion um Senkung der Mineralölsteuer moralisch überhaupt vertretbar?

30 Jugendliche haben sich mit diesem Thema zwei Tage in Windhaag sehr intensiv auseinander gesetzt und unter anderem folgende Forderung ausgearbeitet: **„Steuer(n) für die Zukunft“**

Handlungsweisen, die die Zukunft belasten, müssen stärker besteuert werden. Im Gegenzug müssen Dinge und Handlungsweisen, die die Zukunft entlasten, entsteuert werden.

Es sind alle politischen Parteien aufgefordert, die derzeit begrenzte Diskussion um Energiepreise auszuweiten auf eine möglichst ganzheitliche Diskussion - einschließlich Kostenwahrheit und Zukunftsperspektiven für unsere Kinder.

Wir müssen aufhören, unser Leben und unsere Politik fast nur mehr auf das HEUTE zu orientieren, das MORGEN, vor allem aber das ÜBERMORGEN ganz aus unseren Betrachtungen wegzulassen.

Die Jugend ist eingeladen, sich an diesem Diskussionsprozess zu beteiligen!

Beim ersten Jugendsymposium in Windhaag hat sie dies mit Engagement begonnen.

Bgm. Alfred Klepatsch, Windhaag/Fr.



Das Anti Atom Komitee im Club 2 – Atomgegner und Befürworter diskutierten zum Thema „Atomkraft, ja bitte?“



Fotos: ORF

Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes versucht die Atomlobby neuerlich, die Atomenergie als Klimaretter darzustellen. Eine „Renaissance“ der Atomenergie, von der allerdings weit und breit nichts zu erkennen ist.

Im einem „Club 2“ am 11. Juni 2008 standen einander unter der Leitung von Corinna Milborn (ORF) auf der Seite der Atombefürworter Dr. Helmut Rauch (Atominstitut der TU Wien), Dr. Walter Fremuth (ehem. Verbundpräsident), und Hans – Friedrich Meyer (ehem. Sprecher der IAEO), auf der Seite der Atomgegner Dr. Wolfgang Kromp (Institut für Risikoforschung an der Universität Wien), Patricia Lorenz (Global 2000) und DI Manfred Doppler (Anti Atom Komitee) gegenüber.

Bei dieser sehr lebhaften Diskussion kam neuerlich zu Tage, dass die Atombefürworter noch immer ihren alten Argumenten nachhängen, nach denen die Atomenergie einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Manfred Doppler zeigte aber klar auf, dass dies völlig falsch ist, denn die Atomenergie trägt nur zu 15% an der Weltstromproduktion und nur ca. 5% an der Weltenergieproduktion bei. Würde man den gesamten Strom in Atomkraftwerken produzieren wollen, würden weltweit an die 3000!!! neue Atomkraftwerke benötigt werden.

Auch der Vorwurf an die Atomgegner, die Atomenergie würde ungerechtfertigt diskriminiert, konnte völlig entkräftet

werden, denn der Super-GAU in Tschernobyl und Beinahe-GAUs sind Tatsache und haben Abertausenden Menschen Gesundheit und Leben geraubt. Von den Befürwortern wurden auch wieder die Brutreaktoren und die Kernfusion als unerschöpflicher Energiebrunnen ins Spiel gebracht. „Superphenix“ in Frankreich wurde aus Sicherheitsgründen eingestellt und der schnelle Brüter in Kalkaar war eines der größten Finanzdebakel in der Geschichte, ohne eine Kilowattstunde Strom geliefert zu haben.

Fusionsreaktoren sollten in 50 Jahren kommerziell nutzbar sein. Aber seit 50 Jahren wurde noch keine einzige Kilowattstunde in einem Fusionsmeiler gewonnen, im Gegenteil. Auch heute heißt es noch immer, die kommerzielle Nutzung könne erst in 50 Jahren Realität werden.

Atomenergie kann unser Klima nicht retten

Schon im Oktober 1991 brachte die Zeitschrift „Der Spiegel“ auf der Titelseite: „Die Kernkraftlüge – Mit Atomstrom aus der Klimakatastrophe“. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Die Atomenergie kann unser Klima nicht retten. Das mussten die Atombefürworter zur Kenntnis nehmen.



Nach der lebhaften Livediskussion eine kleine Stärkung für beide Seiten. V.l.n.r.: Die Befürworter Walter Fremuth, Helmut Rauch und Hans-Friedrich Meyer, Moderatorin Corinna Milborn und die Atomgegner Wolfgang Kromp, Patricia Lorenz und Manfred Doppler

Großer Erfolg für Atomgegner –

„Erste Bank“ zieht sich aus AKW Finanzierung zurück

800 Millionen Euro Kredit für den Ausbau des AKW Mochovce gestrichen



Atomgegner protestierten in Wien vor der Zentrale der Erste Bank gegen die Kreditvergabe für den Ausbau des AKW Mochovce unter dem Motto „Atombank? Nein Danke!“.

Die „Erste Bank“ – Sparkassengruppe hatte geplant, gemeinsam mit einem Bankenkonsortium und der 100%igen slowakischen Tochterbank „Slovenska Sporitelna“ einen Kredit über 800 Millionen Euro für den Fertigbau des slowakischen AKW Mochovce zur Verfügung zu stellen. Dieses Vorhaben löste massiven Widerstand unter den Anti Atom Organisationen aus, denn der Ausbau des AKW Mochovce zählt zu den umstrittensten in ganz Europa. So soll dieses Kraftwerk ohne Schutzmantel (Containment) gebaut werden und wäre damit einem Terroranschlag oder einem Flugzeugabsturz fast völlig schutzlos ausgeliefert. Zudem stammen die Baubewilligungen aus dem Jahr 1986, also aus der kommunistischen Ära. Man kann sich also lebhaft vorstellen, wie in diesen Zeiten Baubewilligungen zustande gekommen sind. Von einer ordnungsgemäßen Umweltverträglichkeitsprüfung oder einer Einbindung der Bevölkerung ganz zu schweigen. Auf Initiative des Vereins „Antiatom-szene“ unter Obfrau Elvira Pöschko führten Protestaktionen zahlreicher

Anti Atom – und Umweltorganisationen, an denen sich auch das Anti Atom Komitee beteiligt hat (Greenpeace vermauerte sogar den Haupteingang der Zentrale in Wien) letztendlich dazu, dass sich die „Erste Bank“ aus dieser Kreditvergabe zurückgezogen hat.

„Es ist ein Freudentag, der klar zeigt, dass sich Widerstand auszahlt. Tausende Menschen und zahlreiche NGOs haben nach unserem Aufruf gegen

diese Atomfinanzierung protestiert und die „Erste Bank“ hat letztendlich den richtigen Weg eingeschlagen, zu dem wir herzlich gratulieren.“, freut sich Elvira Pöschko und meint weiter: „Nun ist es wichtig, dass die „Erste Bank“ klar zeigt, dass sie es ehrlich meint, sich keine Hintertüren offen hält und sich klar zu einer Atomfinanzierungsausschlusspolitik bekennt.“



„Auch für das Anti Atom Komitee ist es völlig inakzeptabel, dass mit Geldern österreichischer Sparer eine weitere atomare Gefährdung vor der Haustür finanziert wird. Wir freuen uns, dass sich die „Erste Bank“ zu dieser Entscheidung durchgerungen hat, die sicher eine breite Zustimmung bei den Kunden und Aktionären findet. Wir hoffen, dass tatsächlich das Motto „In jeder Beziehung zählen die Menschen“ oberstes Gebot der Unternehmensphilosophie ist“, ergänzt Manfred Doppler.



Das AKW Mochovce in der Slowakei ist wegen des fehlenden Containments eines der gefährlichsten Atomkraftwerke in Mitteleuropa.